

Die Modalitäten der Bestätigung eines Friedensabkommens waren lange strittig zwischen FARC und Regierung. Die FARC forderte die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung, die anschließend die Vereinbarungen in eine neue Verfassung einarbeiten sollte, während die Regierung die Vereinbarungen durch ein Referendum bestätigen lassen wollte.

Zuweilen schien es, diese Differenzen könnten die Verhandlungen zum Scheitern bringen. Am 12.5.2016 wurde jedoch aus Havanna gemeldet, dass man sich geeinigt habe.

Am 13.5.20016 berichtet die Tageszeitung EL TIEMPO:

So sieht der Weg aus zu der Vereinbarung, die den Frieden absichern soll

Die Vereinbarung, die am Donnerstag in Havanna zwischen Regierung und FARC geschlossen wurde, um „dem Schlussabkommen Sicherheit und Stabilität zu verleihen“, bezieht den Kongress mit beiden Kammern, das Verfassungsgericht, die Bevölkerung an den Urnen und die internationale Gemeinschaft ein.

Wie beide Seiten erklären, handelt es sich „um einen raschen und sicheren Weg, um die Einfügung des Schlussabkommens in die Rechtsordnung Kolumbiens zu garantieren“. Die Vereinbarung gebe die Garantie, dass das Abkommen befolgt werde in Übereinstimmung mit nationalem und internationalem Recht und es erhalte einen unverrückbaren Status.

Darüber hinaus ist von besonderer Bedeutung, dass die FARC erstmals sich dem Rechtsstaat Kolumbien, den sie mehr als 50 Jahre bekämpft hat, ausdrücklich unterordnet, indem sie die Legitimität des Kongresses für das Gesetzgebungsverfahren anerkennt und ebenso die des Verfassungsgerichts, das den in Havanna getroffenen Abmachungen rechtliche Geltung verschaffen soll.

Auch wenn es noch offene Verhandlungspunkte auf der Agenda gibt, wie z.B. die beiderseitige Feuereinstellung und die Beendigung der Feindseligkeiten, setzt die jetzt getroffene Vereinbarung praktisch eine Frist für die Unterzeichnung des Schlussabkommens, die nun um den 20. Juni erwartet wird.

Der Kongress wird beteiligt

Der Kongress der Republik wird definitiv über das Ende des bewaffneten Konflikts entscheiden, weil dieses Organ den Vereinbarungen von Havanna Rechtskraft verleihen wird.

Erster Schritt dazu wird sein, das Abkommen von Havanna in die kolumbianische Verfassung einzugliedern als „Spezielles Abkommen gemäß Artikel 3 der Genfer Konvention“. Der Übergangsparagraph, der bis zum 20. Juni 2016 in die Verfassung eingearbeitet werden muss besagt, „dass, sobald die Vereinbarung unterzeichnet und wirksam ist, diese im Wortsinn Verfassungsrang erhält und zu beachten ist während des Zeitraums der Umsetzung dieser Vereinbarung als Parameter für ihre Interpretation und als Bezugsrahmen der Umsetzung und Gültigkeit der Normen und Gesetze über die Umsetzung der Vereinbarung“.

Das heißt, sobald in der kubanischen Hauptstadt das Abkommen über das Ende des Konflikts unterzeichnet sein wird, gilt dieses als Verfassungsnorm und somit als zugehörig zur Politischen Carta Kolumbiens.

Zudem weist der Übergangsparagraph die Exekutive an, das Abkommen unmittelbar nach seiner Unterzeichnung der Legislative zuzuleiten, um es dort als Gesetz zu verabschieden und in die interne Rechtsordnung einzugliedern.

In diesem Verfahren zur Herstellung der Rechtsgültigkeit des Abkommens hat auch das Verfassungsgericht tätig zu werden, indem es seine Durchführbarkeit prüft.

Der legislative Akt, der am 20. Juni durch Annahme des Übergangsparagraphen erfolgen soll, dient der juristischen Absicherung der Vereinbarungen und muss gleichfalls dem Verfassungsgericht zur Kenntnis gebracht werden. Allerdings bedarf dieses Spezielle Abkommen ohnehin automatisch der Kontrolle durch das Verfassungsgericht, weil es ja Eingang in die Verfassung finden soll.

Der internationale Kontext

Die Vereinbarung von Havanna als Spezielles Abkommen nach der Genfer Konvention wird dem Schweizer Nationalrat in Bern vorgelegt, der Verwalter der Genfer Konvention ist, sowie dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen. Letzteres muss den Text sodann als Anhang der entsprechenden EntschlieÙung des Sicherheitsrates beifügen, der dem Verhandlungsprozess seine Zustimmung gegeben hatte.

Santos hebt die Bedeutung der Vereinbarung hervor

In London, wo er an der internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Korruption teilnimmt, nannte Präsident Santos die Vereinbarung „einen Schritt in Richtung Frieden“, der beiden Seiten Stabilität und Rechtssicherheit verschaffe, und er hob hervor, mit dem Ergebnis vom Donnerstag habe die FARC die Demokratie und die Verfassungsordnung des Landes anerkannt.

„Indem sie diese Vorgehensweise akzeptierte, erkannte die FARC zum ersten Mal unsere Verfassung, unsere Gesetze und die Organe an, die daraus hervorgehen, z.B. die Prozedur, mit der der Kongress die Abstimmung der Bevölkerung beschließen und die Einbeziehung des Abkommens in unsere Verfassung vornehmen wird“, erklärte die Staatsoberhaupt.

Außerdem forderte er dazu auf, die noch anhängigen Punkte der Tagesordnung rasch voranzubringen.

„Setzen wir uns dafür ein, dass die offenen Fragen im Zusammenhang mit der beiderseitigen endgültigen Feuereinstellung und der darauf folgenden Niederlegung der Waffen schnell geklärt werden, und damit will ich sagen, dass dies das Ende des Krieges und das Ende der FARC als bewaffnete Gruppierung sein wird“, machte er deutlich.